

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestimmte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volkschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Poststempelkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgesellschaft Bischofswerda Konto Nr. 64

Erziehungswelle: Geben Werbung abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei bis Haus halbmonatlich 10 Pfg., beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 80 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagssummer 15 Pfg.)

Jenaerchen und Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Schädigung des Betriebes der Zeitung oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Einzelnepreis (im Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., doppelseitige Anzeigen 8 Pfg. Im Zettel die 90 mm breite Millimeterzeile 20 Pfg. Für das Erzielen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Stellen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 21

Freitag, den 25. Januar 1929.

84. Jahrgang

Tagesschau.

Am Freitag werden Vorberichtigungen zur Vereinigung sämtlicher finanzieller Streitfragen zwischen dem Reich und den Ländern stattfinden. An den Berichtigungen nehmen von den Ländern Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg teil. Die Länder werden durch ihre Ministerpräsidenten wie durch ihre Finanzminister vertreten sein.

Der Reichskanzler empfing am Mittwochmittag das Präsidium des Reichslandbundes, um die Wünsche der Landwirtschaft und Vorschläge zur weiteren Behebung der Notlage entgegenzunehmen. Vor kurzem ist das Präsidium des Reichslandbundes zu dem gleichen Zweck vom Reichspräsidenten empfangen worden.

Die Ermittlungsergebnisse des Reichswehrministeriums über die verdeckten Panzerkreuzerdenkschrift sind nunmehr dem Oberreichsanwalts übergeben worden.

* In Berlin ereignete sich am Mittwochabend wieder ein Überfall eines Verbrechertriers, der mit drei Kraftwagen vorgefahren war, auf eine Gastwirtschaft.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Frankreichs neue Ziele im Saargebiet

Von Dr. Hüttebräuer. Saarbrücken.

Vor sechs Jahren lagen in der Rheinlandfrage die Dinge noch so, daß allen Ernstes auf französischer Seite behauptet wurde, die Besatzungsfristen im Rheinland hätten überhaupt noch nicht zu laufen begonnen. Heute hingegen handelt es sich nur noch um die Frage, ob die dritte Zone im Rheinland erst 1935 oder schon früher geräumt wird. Immerhin schon ein gewaltiger Fortschritt! Denn im Erste Weltkrieg in Frankreich heute niemand mehr an die Möglichkeit, das Rheinland noch über 1935 befreit zu halten oder sogar unter eine internationale Kontrolle zu stellen. — Auch im Saargebiet muß bei genauer Beachtung der Bestimmungen des Friedensvertrages das jetzige Völkerbundesregime im Jahre 1935 einen Ende finden und auf Grund der zu mehr als 99 Prozent zugunsten Deutschlands ausfallenden Volksabstimmung die restlose Wiedervereinigung dieses urdeutschen Gebietes mit seinem deutschen Mutterlande erfolgen, wenn eben die Vernunft nicht schon eher liegt.

Aber es darf nicht vergessen werden, daß es sich bei dem Saargebiet um die letzte Etappe französischer Rheinlandpolitik handelt. Hier will man wenigstens noch einen Tellerfolg erringen, um das Prestige im eigenen Lande und auch in der Welt zu retten. Man hofft darauf um so eher, als zur Zeit Frankreich im Saargebiet, ganz anders wie im Rheinland, über eine außerordentlich starke Machstellung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht verfügt. Man spielt auch heute noch mit dem Gedanken, diese Macht über das geschiedene Recht triumphieren zu lassen. Mächtige Bundesgenossen — man denkt vor allem an England — sollen dabei die nötige Hilfestellung leisten.

So kommt es denn, daß im letzten Jahre die französische Saarpropaganda wieder einen bebenklichen Umlauf angenommen hat. Die Mittel dazu stellen die französische Schwerindustrie als wichtiger Interessent und der französische Staat bereitwillig zur Verfügung. Vor allem ist man bestrebt, die französische öffentliche Meinung in dem Sinne zu mobilisieren, daß das Saargebiet unter keinen Umständen zu Deutschland zurückkehren dürfe. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in irgendeiner französischen Zeitung ein entsprechender Propagandaartikel veröffentlicht wird, irgendeine Saarrede gehalten wird oder eine Propagandabroschüre über die Saarfrage erscheint. Dazu dazu die Dinge vollständig auf den Kopf gestellt werden, daß mit offensichtlichen Lügen und Verdrehungen gearbeitet wird, kann nicht weiter wundernehmen.

Es werden da alle möglichen Pläne erörtert, wie man die Saarfrage lösen könnte; in allen nur denkbaren Variationen wird dieses Thema erörtert. Es fehlen davon nur die wichtigsten Bestrebungen auf die Schaffung eines autonomen Saargebiets und die Pläne auf Abtrennung von Teilen des Saargebiets kurz bevorstehen. Befremdlich sieht der Friedensvertrag bei der Volksabstimmung im Jahre 1935 drei Möglichkeiten vor: Einschluß an Deutschland oder Frankreich oder Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regierungsführers. Auf das letztere lädt man in Frankreich alle Politiker.

Man sucht die Forderung nach einer Saarautonomie damit zu begründen, daß das Saargebiet wirtschaftlich ein Unabhängigkeitsstaat sei, und will dies mit der Tatsache beweisen, daß beide Gebiete in einem regen Austausch von Kohle und Erz stehen. Als wenn dieser Austausch nicht auch dann unbehindert weitergehen könnte, wenn beide Gebiete durch eine Zollgrenze getrennt sind! Die Saarbevölkerung lehnt jedenfalls jetzt und in Zukunft diesen Autonomiegedanken mit aller Entschiedenheit ab, auch dann, wenn man etwas beabsichtigen sollte, das jahrlinge autokratische System in ein Selbstverwaltungssystem umzuwandeln. Und zwar tut man dies in erster Linie aus nationalen Gründen, weil man nicht ein sieht, warum ein rein deutsches Gebiet von seinem Mutterland politisch abgetrennt werden soll, um dafür in einer Autonomie von Frankreichs Gnaden zu leben. Die Ablehnung gründet sich daneben auch auf kulturelle und wirtschaftliche Erwägungen. Denn trotz aller anderweitigen Behauptungen liegen die Dinge doch schließlich so, daß die Saarwirtschaft nur als Teilglied der großen deutschen Wirtschaft lebensfähig ist. Das haben die Vorgänge der letzten Jahre nur allzu deutlich bewiesen.

Bei dieser Lage der Dinge wird Frankreich im Saargebiet niemals Anhänger für den Autonomiegedanken finden können; auf der anderen Seite ist wohl kaum anzunehmen, daß der Völkerbund etwa dazu seine Hand hergeben könnte, eine derartige Autonomie im Gegenzug zu dem klar erkennbaren Willen der Bevölkerung zwangsläufig einzuführen.

Erheblich gefährlicher sind die französischen Bestrebungen, die darauf hinzweisen, irgendein Stück vom Saargebiet abzutrennen. Man denkt dabei einmal an die Gegend von Saarlouis und glaubt, sich dabei darauf berufen zu können, daß diese Stadt eine französische Gründung ist. Aber bei diesem Vieleswerden holt sich die Marianne immer wieder einen neuen Korb. Die Stadt Saarlouis hat diesen Vorfall erneut zum Anlaß genommen, ihrem Gefühl der unverbrüchlichen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich mit aller Deutlichkeit Ausdruck zu verleihen.

An anderer Stelle streckt Frankreich seine Fangarme nach dem Wartgebiete aus, das die reichsten Kohlenreserven des Saargebietes in sich birgt. Durch die rechtswidrige Ausdehnung dieser Kohlenjäger aus lothringischen Schächten hat man eine enge wirtschaftliche Verbindung zwischen diesem Gebiet und Lothringen geschaffen mit der offensichtlichen Absicht, später mit Grenzberichtigungsforderungen hervorzutreten. Da nun die Volksabstimmung im Jahre 1935 gemeinsam erfolgen soll, sucht man gleichzeitig Einfluß auf die Bewohner des Wartgebietes zu gewinnen. Dies ist aber deshalb besonders leicht, weil ein gut Teil dieser Bevölkerung auf lothringischen Gruben beschäftigt ist und die anderen zumeist im Dienste der Saargrubenverwaltung stehen, also sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit von Frankreich befinden. Um dem erreichten Ziel näher zu kommen, hat man in den letzten Wochen eine neue separatistische Organisation, den Verband der Bergarbeiter des Saargebietes, unter Führung berüchtigter Separatisten, gegründet. Wer sich anschließt, wird sofort eingestellt, wenn er arbeitslos ist; erhält eine Wohnung, wenn er sie benötigt, und wird, wenn er schon auf der Grube beschäftigt ist, an bessere Arbeitsplätze angelegt, wo er zehn bis fünfzehn Franken mehr den Tag verdienen kann. Wer sich gegen diesen neuen Verband wendet, der im Volksmund der Verband der 1935er heißt, kommt an die schlechtesten Arbeitsplätze und sieht sich den Gefahr der Kündigung aus. Mit solchen verwerflichen Mitteln glaubt Frankreich die Volksabstimmung im Saargebiet vorbereiten zu können. Die Völkerbundesregierung steht dem tototlos zu. Man kann aber trotzdem der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck geben, daß auch diese Machenschaften dank der einmütigen Geschlossenheit der Saarbevölkerung in ihrem nationalen Abwehrkampf nicht zum gewünschten Ziele führen werden.

Rußland und Japan.

In der Umstellung Japans zu Rußland scheint sich eine bemerkenswerte Wendung zu vollziehen. Es ist auffällig, daß japanische Kriegsgegner Rußlands jetzt zu dem bekannten Weltverbund der Süßwasser-Rußlands Beziehungen aufgenommen haben, der in Sowjet seinen Sitz hat. Darüber hinaus verlautet periodisch, daß Japan die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abbrechen will. Das ist vielleicht ein bißchen viel, tatsächlich aber hat Japan den Abschluß eines Garantievertrages mit Rußland bereits jetzt formell abgeschlossen. Man wird abwarten müssen, wieviel russisch-japanische Pläne und Beziehungen in Verbindung mit dieser Haltung Japans zu bringen sind. Verbindungen von Japan zu den westeuropäischen Großmächten bestehen ja seit langer Zeit, vor allem aber seit den Verhandlungen um den Flottenpakt, bei dem es sich ja gegenstandsbemerkungen durchaus nicht nur um einen Flottenpakt handelt, sondern auch um wichtige politische Dinge handelt. Man mag diese Möglichkeiten in Rechnung stellen, aber man darf sie aussera zu, w. wie Radikalität über die nicht überschreiten.

de, aber doch plötzlich offenbar verschärft russisch-japanische Krise abzuwarten.

Die Führer des Reichslandbundes beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing am 23. Januar in Geheimrat des Reichsministers des Auswärtigen, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers für Erziehung und Landwirtschaft die Präsidenten des Reichslandbundes, Reichsminister a. D. Dr. Schröder, Hepp und Behrge, sowie die Direktoren Kriegsheim und a. Spital. Die vom Reichslandbund zur Sicherung der allgemein anerkannten Notlage der Landwirtschaft vorgeschlagenen Maßnahmen wurden eingehend besprochen. Das Reichslandbund wird bewußt in eine fortwährende Prüfung der gesuchten, die Not der Landwirtschaft betreffenden Fragen, eintreten.

Der Pariser Millionenbetrag.

Paris, 23. Januar. Der neue 80-Millionen-Frank-Betrag ist in der französischen Debatte um so größeres Aufsehen erregt, als es sich bei der Hauptperson um den früheren Universitätsprofessor Poincaré handelt. Der Reichsbeamte Pöller behauptet, daß der frühere Nationalökonom Poincaré nicht ein Schädiger, sondern ein Opfer sei, das nur einige Dummköpfe begangen habe. Poincaré habe eine Klage gegen die Bonner Firmen Verco eingerichtet, die ihm 25 Millionen Frank schuldet, ebenso eine weitere Klage gegen den in Süderdeutschland befreundeten Russen Schulte, bei ihm ebenfalls drei Millionen schulde. Zuengangenen Pöller spricht allerdings, daß er in den bekannten Radikalismen auf dem Monumatre eine oft geheime Persönlichkeit war und zwei große Summen ausgab.

Für Robert Poincaré über den Plan eines Kanaltunnelbaues.

London, 24. Januar. Auf dem Essen, bei dem der französische Botschafter seine bereits niedre Rebe hielt, ergreift auch Dr. Robert Poincaré das Wort und sagt: Es steht außer Zweifel, daß ein Kanaltunnel den Verkehr zwischen England und Frankreich ungeheuer steigern würde. Das militärische Problem hat sich infolge der Kriege gemacht. Erwähnungen völlig geändert. Die Bedürfnisse des Reichsverteidigungsausschusses haben nicht mehr das frühere Gemüth.

Die eigenen Truppen bombardiert.

London, 23. Januar. Ein Bombenangriff der britischen Luftstreitkräfte in Indien war nach Berichten aus Peshawar bei Bomber auf ein Gebiet ab, das von oben wie ein weißer Artikel erscheint. Im Wirklichkeit waren auf dem beobachteten Gebiet Truppen angesammelt, die eine weiße Kopfbedeckung trugen. Drei britische Offiziere und acht Soldaten wurden getötet, eine größere Zahl verwundet.

Schachspiel in Afghanistan.

Berlin, 23. Januar. (Eigene Melbung.) Es wird uns in Europa wirklich nicht leicht gemacht, die Dinge in Afghanistan richtig zu beurteilen. Man weiß nur, daß König Amanullah seine Thron noch nicht ins Korn geworfen hat und sich vorläufig noch unter Weiterführung des Königtitels auf einige afghanische Stämme stützt. Man weiß ferner, daß Habibullah, der gegenwärtige Machthaber in Kabul, sich aus unverständigen Gründen nicht Habibullah, also König, nennt, sondern nur den alten Emirtitel führt. Man weiß, daß Habibullah neuerdings über recht erhebliche Gewalt verfügt, und daß er den Sohn seiner Truppen bei heraufließen können, was einer Stärkung seiner Abhängigkeit gleichkommen würde; aber man kann nicht recht erkennen, aus welcher Quelle diese Gedanken stammen. Ursprünglich lag der Gedanke nahe, hinter der Revolution Habibullah, der Sohn des Wasserrägers, Moskau zu vermuten, denn aus Moskau kam seinerzeit die erste Nachricht über den Sieg Habibullahs, und der von ihm abgelegte Inayatullah schien sich englischer Sympathien zu erfreuen. Nunmehr aber hört man von einem Abkommen zwischen Habibullah und dem englischen Gesandten in Kabul, wonach die britische Regierung in Indien dem gesuchten Dreil-Länder-König Inayatullah den Aufenthalt auf britischem Boden verbieten will und ihn zwingt, nach Afghanistan zurückzukehren. Das Schachspiel mit drei Königen ist also recht kompliziert, aber es ist doch recht interessant. Der einzige, der kein eigenes Spiel spielt und weder von London noch von Moskau aus ferngelenkt wird, ist offenbar Amanullah, und es wäre offenbar verteilt, dieses Spiel schon für ausgepielt zu halten.

Die Lieferungsanträge Amanullahs an europäische Firmen.

London, 24. Januar. Morningpost meldet aus Karakal: Europäische und kontinentale Firmen und ihre Agenten, denen die neuzeitige afghanische Regierung vor dem Fall des Königs Amanullah